



Suchergebnisse: Anerkennung

Oktober 1322 – Papst Johannes XXII. eröffnet einen Prozess gegen Ludwig den Baiern

Avignon * Papst Johannes XXII. erkennt Ludwig den Baiern nicht als römischen König an, weil ihm König Friedrich der Schöne Unterstützung im Kampf gegen die großen oberitalienischen Stadtkommunen in Aussicht gestellt hat. Daraufhin unterstützt König Ludwig der Baier die Visconti in Mailand, die sich dadurch erfolgreich gegen einen päpstlichen Kreuzzug erwehren können. Papst Johannes XXII. eröffnet deshalb einen Prozess gegen König Ludwig des Baiern. Er ihn bezichtigt ihn der Anmaßung königlicher Rechte und seiner Regierung ohne päpstliche Approbation [Anerkennung, Genehmigung] sowie der Unterstützung der als Ketzer verurteilten italienischen Signori.

Mai 1338 – Die Unabhängigkeit des gewählten Römischen Königs vom Papst

??? * Kaiser Ludwig der Baier manifestiert die Unabhängigkeit des gewählten Römischen Königs von einer Anerkennung durch den Papst.

1. September 1702 – Kurfürst Max Emanuel erneuert sein Bündnis mit Frankreich

München - Versailles * Kurfürst Max Emanuel erneuert sein Bündnis mit Frankreich. König Ludwig XIV. verspricht ihm für die aktive Kriegsteilnahme territoriale Gewinne und die mögliche Anerkennung der Königswürde.

Januar 1708 – Giovanni Antonio Viscardi wird kaiserlicher Hofpaumeister

Wien - Freystadt - München * Giovanni Antonio Viscardi wird aufgrund seiner vom ihm gebauten Wallfahrtskirche Maria Hilf bei Freystadt spätestens im Januar 1708 zum kaiserlichen Hofpaumeister ernannt. Für Giovanni Antonio Viscardi bedeutete die Ernennung die höchstmögliche Anerkennung. Denn in Diensten des Kaisers zu stehen war - neben einer Anstellung beim Papst - durch nichts mehr zu toppen.

1713 – Pater Onuphrius erreicht die römische Anerkennung seiner Gemeinschaft



Walchensee * Das Interdikt, die Gottesdienstsperrung, über die Hieronymitaner wird bald wieder aufgehoben und Pater Onuphrius erreicht endlich die römische Anerkennung seiner Gemeinschaft. Im Gegenzug beginnt der Abt von Benediktbeuern nun ein Priorat unmittelbar neben den Klösten am Walchensee zu errichten, um die „Dahergelaufenen Waldbrüder“ auszuschalten.

13. Oktober 1766 – Don Ferdinand von Sterzinger hält Reden gegen den Hexenwahn

München * Der Theatiner-Pater Don Ferdinand von Sterzinger hält eine Rede gegen den Hexenwahn. Sein Vortrag befasst sich mit „dem gemeinen Vorurteil der wirkenden und tätigen Hexen“. Er geht als Vertreter der Aufklärung gegen Aberglauben und Unwissenheit vor. Seine Schriften gegen Hexen sowie das Zauber- und Gespensterwesen bringen ihm grenzüberschreitende Achtung und Anerkennung ein. Der Theatinerpater bricht damit eine langwierige Diskussion vom Zaun, die als Baierischer Hexenkrieg bekannt wird. Im weiteren Verlauf streitet man in 28 Streitschriften um das Für und Wider. Als besondere Gegner des Theatinerpaters offenbaren sich die Benediktiner von Scheyern, deren Kreuzreliquie angeblich gegen Verhexung wirksam ist und die in der Demontage des Zauberei-Tatbestands ihr Geschäft mit den von ihnen vertriebenen heiligen Gegenständen gefährdet sehen. Doch Dank der Stellungnahme der Akademie der Wissenschaften kommt es in Churbaier zu keinen Hexenverfolgungen mehr. Auch in anderen süddeutschen Territorien erlahmen schließlich die Hexenverfolgungen.

10. Oktober 1771 – Johann Nießer übernimmt das Faberbräu-Theater

München-Hackenviertel * Johann Baptist Joachim Nießer, ehemaliges Mitglied der Kurz'schen Schauspielertruppe, kehrt mit dem Ensemble nach München zurück und übernimmt die Leitung des Faberbräu-Theaters. Mit Unterstützung der Baierischen Akademie der Wissenschaften eröffnet er hier die Deutsche Schaubühne, was als ein „Markstein auf dem Weg zu einem Münchner Nationaltheater“ gilt. Mit ausgebildeten Schauspielern finden seither regelmäßige Vorstellungen im Faberbräu statt. Der Publikumserfolg stellt sich bald ein, sodass er auch die Anerkennung des Grafen Seeau gewinnen kann. Durch das gebotene hohe Niveau der Schauspielkunst strömt nun auch die gehobene Münchner Bürgerschaft in Scharen in das Faberbräu-Theater. Dadurch erhöhen sich die Eintrittspreise, sodass sich das einfache Publikum den Theaterbesuch einfach nicht mehr leisten kann und so aus dem Kulturbetrieb verdrängt wird. Die Bürger der unteren Schichten suchen ihr Vergnügen nun wieder in den Bretterbuden und „Hanswurst-Theatern“ in den Münchner Vorstädten.



1802 – Staatsrat von Hazzi kauft den Edelsitz Pilgramsheim

Untergiesing * Der churtrierische Kammerherr von Horben verkauft den Edelsitz Pilgramsheim an den Staatsrat Joseph von Hazzi. Der Staatsrat ist selbst davon überzeugt, dass der zwischenzeitlich verstorbene Kurfürst Carl Theodor nicht über das Recht verfügt hatte, eine Sitzgerechtigkeit zu verleihen und aus diesem Grund als Landesherr seine Machtbefugnisse überschritten habe. In diesem Selbstverständnis verzichtet er auf die Anerkennung von Pilgramsheim als Adelssitz.

1808 – Die Maffei-Bank zieht in das Palais Seinsheim am Promenadeplatz

München-Kreuzviertel * Die Bank des Peter Paul Maffei zieht in das Palais Seinsheim am Promenadeplatz. Kein Wunder, dass ihn König Max I. Joseph im gleichen Jahr - in Anerkennung seiner Leistungen - adelt und in den erblichen Ritterstand erhebt.

29. November 1809 – Maximilian Joseph von Montgelas erhält das Grafendiplom

München * In Anerkennung seiner Verdienste um den König, die königliche Familie und um Baiern erhält Freiherr Montgelas das Grafendiplom verliehen. Es ist vererbbar - und damit können seine ehelichen männlichen und weiblichen Nachkommen auch diesen Adelstitel führen. Damit verbunden ist, als besonderer Gnadenerweis und Vertrauensbeweis des Königs, die Errichtung eines Majorats. Ein Majoratsbesitzer kann frei über sein Eigentum bestimmen und darf es im Erbfall sogar ungeteilt an den ältesten Sohn weitergeben. Neben Montgelas gelingt es in Altbaiern nur zwei Familien, ein Majorat zu bilden: Carl Philipp Fürst von Wrede und Johann Maximilian von Preysing-Hohenaschau. Für Montgelas, der ursprünglich aus einer Familie ohne jeglichen Grundbesitz stammt, hat das Majorat zwischenzeitlich erhebliche Bedeutung gewonnen, denn er wird schon während seiner Amtszeit zu einem der reichsten Grundherren.

August 1826 – Robert von Langer malt seine Haidhauser Villa mit Fresken aus

Haidhausen * In den Sommermonaten 1826 bis 1828 malt Robert von Langer, gemeinsam mit seinem Schüler August Riedel, den ansehnlichsten Raum seiner Haidhauser Villa an der heutigen Einsteinstraße mit Fresken aus. Mit der Erschaffung des Freskenzyklus in seiner Künstlerresidenz will Robert von Langer wieder künstlerische Anerkennung erlangen und ein persönliches, weithin sichtbares Zeichen setzen.



Oktober 1836 – Regensburg als Zentrum der bayerischen Seidenzucht

Regensburg - München-Theresienwiese * Regensburg hat sich zum Zentrum der bayerischen Seidenzucht entwickelt. Die Qualität der erzeugten Seide findet Anerkennung und die Regensburger Gesellschaft zur Beförderung der Seidenzucht bekommt auf dem Oktoberfest des Jahres 1836 eine Auszeichnung.

24. Januar 1843 – Ludwig von Schwanthaler erhält 4 Moriskentänzer zum Geschenk

München * „In Anerkennung der Mühe und Anordnungen, welche er für die würdige Ausschmückung des Rathaussaales“ aufgewendet hat, erhält Ludwig von Schwanthaler vier Moriskentänzer zum Geschenk, von denen zuvor allerdings Kopien angefertigt worden sind. Ludwig von Schwanthaler verkauft sie bald an einen italienischen Adligen, den Conte Pallavicini-Barrocco, der sie auf seinen Stammsitz in Villa Rocca in Cremona bringt.

25. Februar 1848 – Frankreichs Zweite Republik ausgerufen

Paris * In Paris wird eine provisorische französische Regierung eingesetzt und die Zweite Republik ausgerufen. Diese Revolutionsregierung besteht aus einem elfköpfigen Ministerrat, in dem Vertreter der Linken, der Liberalen und Demokraten sowie der konservativen Rechten vertreten sind. Die gemäßigt reformorientierte Regierung beschließt einige wichtige Entscheidungen, darunter die Abschaffung der Sklaverei in den Kolonien, die Abschaffung der Todesstrafe für politische Delikte, die Einführung der Pressefreiheit und des allgemeinen Wahlrechts sowie die Anerkennung des Rechts auf Arbeit.

6. März 1848 – Die Königliche Proklamation wird veröffentlicht

München * Die Königliche Proklamation wird als Antwort auf die Forderungen der Münchner Bürgerschaft vom 3. März veröffentlicht. Ludwig Fürst zu Oettingen-Wallerstein hat den Inhalt der Proklamation, in der der König seine weit- reichenden Versprechungen zur Weiterentwicklung der Bayerischen Verfassung abgibt, redigiert. Sie beinhaltet: die verfassungsmäßige Ministerverantwortlichkeit, die vollständige Pressefreiheit, eine Verbesserung der Wahlordnung, die Einführung der Öffentlichkeit und Mündlichkeit in eine Rechtspflege mit Schwurgerichten, eine umfassende Fürsorge für Staatsdiener und ihre Angehörigen und Ausdehnung dieser Maßnahmen auf die übrigen Angestellten des Staates, eine Verbesserung



der Verhältnisse der Israeliten, die Abfassung eines Polizeigesetzbuches, die Verteidigung des Heeres auf die Verfassung und eine Reform des Deutschen Bundes, insbesondere zu einem deutschen Nationalparlament. Die Proklamation schließt mit den Worten: „Alles für mein Volk! Alles für Deutschland!“ und geht sogar über die Forderungen der Petition vom 3. März weit hinaus, beinhaltet aber alle Punkte und damit auch die Märzforderungen. Was aber mit keinem Wort erwähnt wird ist die „soziale Frage“, die Frage der „Bauernbefreiung“. Nicht nur, dass mit der Proklamation vom 6. März 1848 die Märzforderungen in Bayern noch vor den anderen deutschen Staaten ihre Anerkennung finden, nein, es wird damit auch König Ludwigs I. auto-kratischer Regierungsanspruch mit einem Handstreich ausgehöhlt.

11. Juli 1848 – Erzherzog Johann zieht unter großem Jubel in Frankfurt ein

Frankfurt am Main * Erzherzog Johann zieht unter großem Jubel in Frankfurt ein. Als Reichsverweser ist er das provisorische Oberhaupt des Deutschen Reiches, eines Staates, der noch in der Entstehung ist. Aufgabe des Reichsverwesers ist es, die Reichsminister zu ernennen und zu entlassen. Außerdem unterschreibt er die Reichsgesetze. Doch die Macht der Zentralregierung und der Nationalversammlung ist gering. Die Armeen der Großmächte Österreich und Preußen weigern sich, dem Reichsverweser zu huldigen und die Staaten England sowie Frankreich versagten ihm die völkerrechtliche Anerkennung. Und weil sie über keine eigenen Streitkräfte verfügt, muss die Zentralgewalt auf die ehemaligen Bundestruppen zurückgreifen, die aber letztlich ihre Befehle von den einzelstaatlichen Regierungen empfangen. Diese intervenieren immer dann, wenn Ruhe und Ordnung durch linke Volksaufstände gefährdet sind. Wenn aber die Errungenschaften des März verteidigt werden sollen, ist mit den Bundestruppen nicht zu rechnen.

15. Januar 1849 – Eine linke Mehrheit

München-Kreuzviertel * Der neugewählte Landtag, es war der 13., tagt vom 15. Januar bis 7. März sowie vom 15. Mai bis 11. Juni 1849. Es ist der erste und bislang letzte Bayerische Landtag mit einer linken Mehrheit. Diese Mehrheit vertritt eine andere Auffassung als die Königliche Regierung. 69 Abgeordnete leisten ihren Verfassungseid nur mit dem Vorbehalt, dass sie durch diesen „an der Anerkennung der Gültigkeit der Reichsgesetze insbesondere der die Grundrechte betreffenden hiedurch nicht gehindert“ sein sollen. Bei der ersten öffentlichen Sitzung der Abgeordnetenversammlung erklärt sich Innenminister Hermann von Beisler bereit, „die Gesetzgebung Bayerns mit der des deutschen Reiches in Einklang zu setzen. In diesem Sinne werden Ihnen bezüglich der Grundrechte die entsprechenden Vorlagen gemacht werden.“



2. Mai 1849 – Wahl eines provisorischen Landesverteidigungs-Ausschusses

Kaiserslautern * Die Vertreter der demokratischen Vereine in der Pfalz wählen in Kaiserslautern einen provisorischen Landesverteidigungsausschuss, der von der bayerischen Regierung die Anerkennung der Reichsverfassung fordert und zur Volksbewaffnung aufruft.

21. Mai 1849 – Die Abgeordneten fordern die Anerkennung der Reichsverfassung

München-Kreuzviertel * Die Kammer der Abgeordneten fordert mit 72 gegen 62 Stimmen die Anerkennung der „Reichsverfassung, die insbesondere von der fränkischen, schwäbischen und rheinpfälzischen Bevölkerung laut und freudig begrüßt“ wird.

Juli 1852 – Aufträge zur Anfertigung von Musterfassaden für die neue Straße

München-Graggenau - München-Lehel * König Max II. gibt den Architekten Bürklein, Gottreu, Riedel, Voit und Ziebland Aufträge zur Anfertigung von Musterfassaden für die neue Straße. Dass sich der König statt an einen, an mehrere Architekten wendet, ist vorbildlich. Doch er macht wieder den Fehler, den Architekten bindende, alle Einzelheiten festlegende Vorschriften vorzugeben und damit jede Bewegungsfreiheit und Kreativität der Fachleute einzuengen. Damit macht er eine unabhängige Lösung des Problems unmöglich. Kein Wunder, dass die Ergebnisse ziemlich gleich sind und den Wünschen des Königs entsprechen. Bürkleins Vorschläge finden volles Lob und Anerkennung, weshalb er den Sieg davonträgt. Um das Projekt zu beschleunigen und die Verhandlungen über die Grundstückskäufe in Gang zu bringen, stellt König Max II. den notwendigen Betrag zunächst aus seiner Privatkasse zur Verfügung, sodass die ersten Verhandlungen über die Grundstückskäufe aufgenommen werden können. Die Ankäufe gehen rasch und reibungslos vor sich. Auch deshalb, weil sich der König - entgegen seiner sonst üblichen Sparsamkeit - sehr großzügig zeigt. Er will eben den Bau seines „Prachtboulevards“ möglichst schnell umgesetzt sehen. Freilich möchte der Bayernherrscher auch, dass auch die Stadt zur finanziellen Beteiligung herangezogen wird, da sie ja immerhin der Hauptnutznießer des Bauvorhabens ist. Bei der künstlerischen Ausgestaltung der Prachtstraße soll die Obrigkeit der Stadtgemeinde allerdings keinerlei Mitspracherechte haben. Nur die Herstellung des Straßenkörpers will ihr der Regent überlassen.

1859 – Bis zu 17.000 Arbeiterinnen und Arbeiter bauen an der Ostbahn



Geiselhöring - Passau - Regensburg * Ab dem Verkehrsknotenpunkt Geiselhöring wird auf zwei Strecken die Ostbahn weitergebaut. Die eine Strecke führte nach Passau, die andere nach Regensburg, Amberg und Nürnberg. Mit einem Aufgebot von bis zu 17.000 Arbeiterinnen und Arbeitern wird das 453 Kilometer umfassende Grundnetz der Bayerischen Ostbahnen fertiggestellt werden. Paul Camille von Denis schafft das in einer fünfeinhalbjährigen Bauzeit. Der Direktor der Ostbahngesellschaft unterschreitet damit nicht nur die zeitliche Vorgabe der staatlichen Eisenbahn-Commission, die dafür eine Bauzeit von sieben Jahren vorgesehen hatte, sondern auch die Baukosten gegenüber dem Voranschlag von 46,5 Millionen Gulden um 12,8 Millionen Gulden. Das sind nahezu dreißig Prozent. Damit ist Paul Camille von Denis, dem „Altmeister des Eisenbahnbaus“, die allgemeine Anerkennung sicher. In Zeitungsartikeln halten sich die Zeitgenossen mit ihrer Bewunderung für diese Leistung nicht zurück: „Der Erfahrungssatz, der leider bei uns in Deutschland viel zu wenig bekannt oder anerkannt scheint - ‚Zeit ist Geld‘ -, spricht sich in allen Anordnungen der Ostbahn-Direction aus.“

23. Juli 1863 – Der erste - öffentliche - Zoo Münchens wird eröffnet

München-Schwabing * Der erste - öffentliche - Zoo in München wird eröffnet. Er ist auf Initiative des Münchner Großhändlers Benedikt Benedikt in einem von ihm erstandenen Gelände am Englischen Garten entstanden. Die Münchner Presse feiert den neuen Zoologischen Garten: „Während andere Weltstädte, wie London, Paris, Brüssel, Amsterdam, Wien, Berlin, Frankfurt und Dresden längst ihre Tiergärten hatten, war der Münchner darauf angewiesen, zu warten, bis irgend ein Menageriebesitzer seine hölzerne Baracke vor dem Karlstor aufgeschlagen hat, und wo man im Gedränge meist bei großer Hitze und höchst unangenehmen Gerüchen nur vorübergehend die seltenen ausländischen Tiere beschauen konnte. Dieses ist nun anders geworden; auch München hat nun einen Tiergarten ganz eigener Art erhalten, es hat einen neuen Vergnügungsort gewonnen, der allgemeine Anerkennung verdient, denn er verbindet Belehrung und Unterhaltung, wie keiner in der ganzen Stadt, und wird mit Recht ein Lieblingsplatz der intelligenten Bevölkerung werden.“

1867 – Auszeichnung als Königlicher Hofkonditor

Dresden * Heinrich Julius Kreutzkamm macht seine Konditorwaren weit über Dresden hinaus bekannt. Als Anerkennung verleiht ihm Kronprinz Albert den Titel eines Königlichen Hofkonditors. Die Auszeichnung stärkt den wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens und ermöglicht den Erwerb eines repräsentativen Hauses am Dresdner Altmarkt.



15. November 1884 – Die Kongo-Konferenz legt die Abgrenzung der Besitzstände fest

Berlin * Im Reichskanzler-Palais in Berlin, dem ehemaligen Hôtel Radziwill, findet unter dem Vorsitz von Otto von Bismarck eine internationale Konferenz, bei der es um Lösungen von Konflikten geht, die im Zusammenhang mit dem Wettlauf um Afrika stehen. Dreizehn europäische Staaten, die USA und das Osmanische Reich beteiligen sich an der sogenannten Kongo-Konferenz. Es geht dabei um die Festlegung von Kriterien für die völkerrechtliche Anerkennung von Kolonialbesitz. Immerhin waren in etwas mehr als zwei Jahrzehnten über zehn Millionen Quadratmeilen afrikanischen Bodens und mindestens einhundert Millionen Afrikaner unter europäische Herrschaft gelangt. Um die Besetzung der restlichen Gebiete und der abschließenden Abgrenzung der Besitzstände geht es auf dieser Konferenz. Das Ergebnis sind die wie mit dem Lineal gezogene Demarkationslinien, wobei die Grenzen oft quer durch die Lebensräume einheimischer Ethnien verlaufen. Afrika wird als herrenloses Land definiert, das nunmehr als Kronland und Eigentum europäischer Staaten an Kolonialgesellschaften, Konzessionäre und Siedler vergeben werden kann. Damit folgt die schrittweise Verdrängung der Eingeborenen aus ihren Wohn- und Lebensgebieten bis hin zur Eingrenzung in Reservate. Zu dieser Konferenz ist kein einziger afrikanischer Vertreter eingeladen worden und die Souveränitätsrechte der betroffenen Staaten werden schlicht ignoriert. Wozu auch, es geht doch den europäischen Mächten um so hehre Ziele wie den Zivilisationsauftrag und die Verbesserung der „sittlichen und materiellen Wohlfahrt der eingeborenen Völkerschaften“. Die Kongo-Konferenz endet mit der Verabschiedung einer Generalakte am 26. Februar 1885.

1. Mai 1890 – Arnold Zenetti wird mit dem Kronenorden geadelt

München * In Anerkennung seiner Verdienste erhält Arnold Zenetti viele hohe Auszeichnungen: die Goldene Bürgermedaille der Stadt München, den Titel Oberbaurat und zu seinem 40jährigen Dienstjubiläum den mit dem persönlichen Adel verbundenen Kronenorden, der ihm vom Prinzregenten Luitpold persönlich an die Brust geheftet wird.

12. März 1892 – Denkmal für den 70er-Krieg in der Feldherrnhalle

München-Graggenau * Aus Anlass des 71. Geburtstags des Prinzregenten Luitpold wird ein Mahnmal an der Rückwand der Feldherrnhalle beauftragt und vom Erzgießer Ferdinand von Miller ausgeführt. Die auf einem hohen Sockel stehende Figurengruppe aus Bronze symbolisiert Krieg und Frieden. Ein Krieger, der mit der linken Hand triumphierend die Fahne schwingt, schützt mit seinem rechten Arm und einem Schild eine Frauengestalt - den Frieden. Sie trägt in



ihren Händen einen Palmzweig und einen Lorbeerkranz, die Zeichen des Friedens und des Sieges. Den Bezug zu Bayern stellte ein liegender Löwe her. Die Sockelinschrift lautet: „Dem treuen tapferen bayerischen Heere in Dankbarkeit und Anerkennung / Luitpold Regent von Bayern / 1892.“ Die Enthüllungsfeierlichkeiten finden ausschließlich im militärischen Rahmen statt, Zivilpersonen werden nicht eingeladen. Ebenfalls anwesend sind freilich die Vorstandschaften der Münchner Veteranen- und Kriegervereine. Der eigentlichen Enthüllung folgte eine Geschützsalve von 36 Kanonenschüssen und eine Ansprache des bayerischen Kriegsministers. Pazifistisch eingestellte Münchner deuteten das Standbild so um: „De Fahna könnt's ham, aba des Madl lasst's ma!“ - oder eher militärverachtend: „Raffa bis d'Fetzn flagn, d'Fahna auf'd Höh, abas Mensch ned aus'm Arm lassen!“

31. März 1900 – Ein „Prunkfest“ im Münchner Künstlerhaus

München-Kreuzviertel * Im Münchner Künstlerhaus findet ein glanzvolles Festbankett statt, zu dem der Prinzregent seinen Enkel, Prinz Rupprecht, als offiziellen Vertreter entsendet. Fanfaren und eine festliche Illumination des Künstlerhauses sowie zahlreicher repräsentativer Gebäude prägen den festlichen Abend. Die Eröffnung gilt als eines der bedeutendsten gesellschaftlichen Ereignisse Münchens. Die „Münchner Neuesten Nachrichten“ würdigen das Fest als „Prunkfest“, das den Ruf der Münchner Künstlerschaft als Ausrichter glanzvoller Veranstaltungen eindrucksvoll bestätigt. Auch die künstlerische Gestaltung des Hauses findet große Anerkennung. Gabriel von Seidl entwirft das Gebäude im Stil der italienischen Hochrenaissance und stattet die Innenräume mit außergewöhnlicher Sorgfalt aus. Edle Materialien, kunstvolle Möbel, Wandmalereien, Spiegel, Gobelins und Stuckdecken verleihen dem Künstlerhaus seine repräsentative Ausstrahlung. Von der ursprünglichen Ausstattung sind bis heute das fünfjochige Foyer sowie das sogenannte Venezianische Zimmer – der ehemalige Muschelsaal des Restaurants – im Original erhalten geblieben.

1901 – Die Gründung eines Brockenhaus-Vereins ist beabsichtigt

München * Die Bürger Münchens wollen nicht abseitsstehen und beabsichtigen die Gründung eines Brockenhaus-Vereins. Da man anfangs gegenüber dem Projekt finanzielle Bedenken äußert, übernimmt zunächst Kommerzienrat Kaspar Baerwindt das geschäftliche Risiko der karitativen Einrichtung - als persönlich Haftender. Um möglichst rasch gesellschaftliche Anerkennung zu erlangen und die Spendenbereitschaft der wohlhabenden Kreise zu fördern, greift die Initiativgruppe auf ein in der Prinzregentenzeit bewährtes Mittel zurück: Sie sichert sich die Unterstützung eines Mitglieds des königlichen Hauses und wirbt mit dessen Namen für die



Vereinigung. Im Falle des Münchner Brockenhauses ist dies Prinzessin Maria de la Paz, die Gemahlin von Prinz Ludwig Ferdinand von Bayern.

31. Januar 1918 – Die Betriebsversammlung der Bayerischen Motorenwerke

München-Ludwigsvorstadt * Im Festsaal der Mathäserbrauerei finden kurz hintereinander die Betriebsversammlungen der Bayerischen Motorenwerke und der Bayerischen Flugzeugwerke statt. Am frühen Nachmittag versammelt sich die Arbeiterschaft des im Jahr 1917 von Rapp-Motorenwerke in Bayerische Motorenwerke - BMW umbenannten Betriebs. Anders als in den Krupp-Werken sind die BMW-Arbeitsausschüsse fest in der Hand der Gewerkschaften und der MSPD. Auch Kurt Eisner ergreift das Wort und erkennt, dass die Mehrheit der Anwesenden den Streik will. Nach seinen Ausführungen stimmen die Teilnehmer für die Arbeitskampfmaßnahme. Ob es bei den Bayerischen Motorenwerken - BMW tatsächlich zum Streik kommen wird, ist fraglich, denn die Versammlung war gegen den Willen der Betriebsvertrauensleute einberufen worden. Und schon deshalb könnten diese dem Streikbeschluss die Anerkennung versagen.

26. Juli 1918 – Der Reichsfinanzhof in die Bogenhauser Ruine

Berlin * Das Gesetz zur Errichtung des Reichsfinanzhofs und die förmliche Bewerbung der Stadt München als Sitz dieses Gerichts bringt eine Wende in der Frage, was aus der „Bogenhausener Ruine“ werden soll. Dass der Reichsfinanzhof nach München kommt, ist keineswegs selbstverständlich - Berlin wäre als Reichshauptstadt der „natürliche“ Standort gewesen. Ausschlaggebend ist, dass die Entscheidung nicht beim Reichstag, sondern beim Bundesrat, der Länderkammer des Kaiserreichs, liegt. Dieser bestimmt München zum Sitz des neuen Gerichts. Die Gründe für die Entscheidung zugunsten Münchens sind: Bayerische Eigeninteressen: Das Königreich drängt darauf, ein Reichsorgan auf seinem Territorium zu erhalten, nachdem Leipzig bereits das Reichsgericht und Berlin die meisten Reichsbehörden beherbergt. Als zweitmächtigster Bundesstaat nach Preußen will Bayern nicht leer ausgehen. Föderaler Ausgleich: Die Standortwahl ist ein Zugeständnis an Bayern und Ausdruck der Anerkennung seiner Bedeutung im Reich. Politische Stabilität: Kurz vor Kriegsende soll Bayern als wichtiger Bundesstaat enger an das Reich gebunden werden. Praktische Voraussetzungen: München verfügt über die notwendige juristische und verwaltungstechnische Infrastruktur. Zudem steht mit dem „Fleischer-Schlössl“ ein geeignetes Gebäude zur Verfügung, das nach Ausbau als Dienstsitz des Reichsfinanzhofs genutzt werden konnte.



30. Juli 1918 – SPD und Gewerkschaften wollen kein Regierungslob

München * Der SPD-Abgeordnete Erhard Auer bittet das Innenministerium, „von der Verleihung von Anerkennungsurkunden für Kriegsarbeit an die sozialdemokratische Presse und Gewerkschaften abzusehen“.

15. November 1918 – Nuntius Pacelli berichtet dem Vatikan zu den revolutionären Vorgängen

München - Vatikan * Nuntius Eugenio Pacelli verfasst zwei von drei analytisch-zusammenfassende Berichte an den Kardinalsstaatssekretär Pietro Gasparri. Die Ursache der Revolution sieht Pacelli in der militärischen Lage mit dem Kriegseintritt der USA, dem Zusammenbruch von Österreich-Ungarn, die Kampfmüdigkeit der deutschen Soldaten, sodass die als unüberwindlich geltende Hindenburg-Linie ins Wanken geriet, und dass die Generäle die päpstliche Friedensvermittlung vom 1. August 1917 zurückgewiesen haben, die Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg befürwortet hatte. Über Ministerpräsident Kurt Eisner äußert sich Nuntius Eugenio Pacelli, der spätere Papst Pius XII, folgendermaßen: Eisner ist „Atheist, Radikalsozialist, unversöhnlicher Propagandist, Busenfreund russischer Nihilisten und noch dazu galizischer Jude. [...] Unmittelbar nach den Ereignissen hat sich das bayerische Diplomatische Corps in der Nuntiatur zusammengefunden und beschlossen, jegliche Anerkennung der neuen Regierung zu vermeiden.“

20. November 1918 – Kurt Eisner lädt Nuntius Eugenio Pacelli zum Gespräch

München * Sigmund Ritter und Edler von Lössl bittet den päpstlichen Nuntius Eugenio Pacelli um einen Besuch beim bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner, der zugleich das Amt des Außenministers bekleidet. Pacelli verweigert den Kontakt mit der neuen bayerischen Regierung, bei dem es Kurt Eisner hauptsächlich um Anerkennung oder Nicht-Anerkennung, also um die Legitimitätsfrage, gegenüber der Regierung geht.

23. November 1918 – Verhaltensmaßregelungen des Münchner Erzbischofs

München-Kreuzviertel * In einem von Erzbischof Michael von Faulhaber verfassten Grundsatzpapier fordert er seinen Klerus auf, jede positive Anerkennung der neuen Regierung in Bayern und jeden direkten Kontakt mit dem neuen Staatsminister für Unterricht und Kultus, Johannes Hoffmann, zu vermeiden. „Der geistliche Stand kann und darf nicht



daran denken, der tatsächlich bestehenden öffentlichen Gewalt gewalttätigen Widerstand entgegenzusetzen. Den öffentlichen Dank und den Abschiedsgruß an das Jahrhundertlang mit dem Bayernvolk verwurzelte Haus Wittelsbach und an die ehrwürdige Gestalt des Königs Ludwig III. müssen wir einem späteren Zeitpunkt vorbehalten.“

3. März 1919 – Den Generalstreik zum bewaffneten Aufstand ausgeweitet

Berlin * Enttäuscht über die politische Entwicklung der Revolution von 1918/19, weiten Anhänger der Kommunistischen Partei Deutschlands - KPD einen Generalstreik zu einem bewaffneten Aufstand aus. Ihre Ziele sind dieselben wie beim Spartakusaufstand im Januar 1919: Sturz der Reichsregierung, Anerkennung der Arbeiter- und Soldatenräte und Errichtung einer Räterepublik nach sowjetrussischem Vorbild. Zentrum der bürgerkriegsartigen Kämpfe ist die Innenstadt mit dem Berliner Polizeipräsidium am Alexanderplatz sowie Lichtenberg.

3. März 1919 – Generalstreik in Groß-Berlin beschlossen

Berlin * Die Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte beschließt - bei Enthaltung der sozialdemokratischen Delegierten - einen Generalstreik. Die Streikziele sind rein politische. Es geht um die Anerkennung der Arbeiter- und Soldatenräte, die sofortige Durchführung der Hamburger Punkte zur militärischen Kommandogewalt, die Freilassung aller politischen Gefangenen, die sofortige Bildung einer revolutionären Arbeiterwehr, die sofortige Auflösung aller Freikorps, die Aufnahme politischer und wirtschaftlicher Beziehungen zu Sowjetrussland sowie umfassende Kompetenzen für Arbeiter- und Soldatenräte auf wirtschaftlichem Gebiet.

30. März 1919 – Essen: Unbefristeten Generalstreik beschlossen

Essen * Die Schachtdelegiertenkonferenz beschließt in Essen einen unbefristeten Generalstreik. Die Forderungen sind ebenfalls politisch motiviert. Es geht um die Anerkennung der Arbeiter- und Soldatenräte, die sofortige Durchführung der Hamburger Punkte zur militärischen Kommandogewalt, die Einführung der Sechs-Stunden-Schicht und die Entwaffnung der Polizei im Industriegebiet und ganz Deutschland.



München - Berlin * Ministerpräsident Johannes Hoffman fährt mit dem Nachtzug nach Berlin, um Ratschläge für das weitere politische Vorgehen in Bayern einzuholen.

Reichskanzler Philipp Scheidemann weist Hoffmann an, in der Rätefrage keine Kompromisse zu dulden. Falls es die Zustände in München nicht erlauben, solle er den Landtag in eine ruhigere Stadt in Nordbayern verlegen. Reichswehrminister Gustav Noske bietet Hoffmann die militärische Hilfe der Reichswehr an, verlangt aber im Gegenzug den Verzicht Bayerns auf seine militärischen Sonderrechte und die bedingungslose Anerkennung des neuen Reichswehrgesetzes. Johannes Hoffmann lehnt ab. Er will selbst für Ordnung sorgen durch die Gründung einer aus Freiwilligen bestehenden Volkswehr. Der Freistaat Bayern hat zu diesem Zeitpunkt noch die Souveränität und ist damit noch im Besitz der Reservatrechte über das Militär, die Post und die Bahn.

München * Auf einem außerordentlichen Gautag der SPD Oberbayern in München sprechen sich die Delegierten mit 240 gegen 13 Stimmen für die Räterepublik aus. Andererseits haben sie sich zuvor mit 223 zu 30 Stimmen gegen eine bedingungslose Anerkennung der Räterepublik ausgesprochen.

München * Im Regierungsorgan Freistaat wird ein Dankschreiben des Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann [SPD] an Generalleutnant Ernst Friedrich Otto von Oven veröffentlicht. Dem militärisch Verantwortlichen für den hundertfachen Mord und Oberbefehlshaber der Weißen Truppen spricht die bayerische Staatsregierung den „herzlichen Dank“ aus. Wörtlich heißt es: „Für die umsichtige Leitung und Durchführung der zur Befreiung Münchens aus der Hand der Bolschewisten notwendigen militärischen Operationen spreche ich zugleich im Namen des Gesamtministeriums den herzlichen Dank aus. Größte Anerkennung gebührt den aus allen Gauen Deutschlands herbeigeeilten Truppen, die in selbstloser Opferbereitschaft unserem bedrängten Bayernland und dem ganzen Reich den größten Dienst erwiesen.“

Seite 13/16



Rom-Vatikan - Berlin * Das Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich wird vom - katholischen - Vizekanzler Franz von Papen und vom Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli im Vatikan unterzeichnet. Das Vertragswerk bestätigt die bestehenden Länderkonkordate mit Bayern, Preußen und Baden und den Fortbestand der katholischen theologischen Fakultäten an den Universitäten, sichert den katholischen Religionsunterricht an allen Schularten und die Beibehaltung und Neueinrichtung von Bekenntnisschulen, die Freiheit des Bekenntnisses und der öffentlichen Ausübung der Religion, den staatlichen Schutz für Geistliche, den Schutz des Beichtgeheimnisses und den Schutz der katholischen Organisationen. Außerdem wird die Militärseelsorge und das eigene kirchliche Steuerrecht garantiert. Die Kirche gesteht hingegen den neuen Machthabern nur wenig zu: Entpolitisierung des Klerus, Treueeid der Bischöfe gegenüber dem Deutschen Reich und seinen verfassungsmäßig gebildeten Regierungen. Die Reichsregierung macht der Kirche sehr große Zugeständnisse mit dem Ziel, internationale Anerkennung zu erhalten und die deutschen Katholiken für die Bewegung zu gewinnen, solange deren Macht noch nicht gefestigt ist. Keine der anderen neunzehn Weimarer Regierungen, auch nicht die Koalitionen mit Zentrumsbeteiligung, war der katholischen Kirche so weit entgegengekommen.

1934 – Das Prinzip des Geo-Zoos bringt Hellabrunn international große Anerkennung

München-Giesing * Die Besucherzahlen im Tierpark Hellabrunn steigen stetig an. Und mit dem Prinzip des Geo-Zoos erringt Hellabrunn auch international eine große Anerkennung.

10. Oktober 1934 – Angst um den Weiterbetrieb der Stiftung Maximilianeum

Berlin - München-Haidhausen * Das Kuratorium beim Kultusministerium stellt den Antrag auf Anerkennung der Stiftung Maximilianeum als studentisches Kameradschaftshaus. Man befürchtet, dass sonst der Weiterbetrieb der Stiftung gefährdet sei, nachdem die Universitäten und Fakultäten bereits Ende 1933 nach dem Führerprinzip reorganisiert worden waren und dadurch ernannte Rektoren und Dekane erhielten, womit zugleich die Selbstverwaltung durch den Senat ausgeschaltet wurde. Im Zuge dieser Maßnahmen kam es zu umfangreichen politisch motivierten Säuberungen des Personalstamms. Für die Entlassenen wurden junge Nationalsozialisten strategisch platziert.

16. November 1934 – Hitler entmachtet die Deutsche Studentenschaft



Berlin - München-Haidhausen * Reichskanzler Adolf Hitler überträgt auf Antrag des Reichserziehungsministers Bernhard Rust dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund die gesamte politisch-weltanschauliche Erziehung der Studentenschaft und entmachtet damit faktisch die Deutsche Studentenschaft. Damit ist der Antrag des Kuratoriums auf Anerkennung der Stiftung Maximilianeum als studentisches Kameradschaftshaus gegenstandslos geworden.

Februar 1937 – Die Eigentümerstruktur der Cenovis-Werke wird verändert

München-Au * Der Anteil der in jüdischem Besitz befindlichen Geschäftsanteile an den Cenovis-Werken wird auf 48,47 Prozent reduziert. Mit dieser Veränderung der Eigentümerstruktur erreicht das Unternehmen zunächst die Einstufung als nichtjüdischer Betrieb. Die Maßnahme erfolgt vor dem Hintergrund der zunehmenden wirtschaftlichen Ausgrenzung jüdischer Unternehmer im nationalsozialistischen Deutschland.

März 1938 – Kein Jude darf im Aufsichtsrat tätig sein

Berlin * In einem „Erlaß des Reichswirtschaftsministeriums“ heißt es: Zur „Voraussetzung für die Anerkennung als nichtjüdischer Gewerbebetrieb [ist] grundsätzlich zu verlangen, dass auch im Aufsichtsrat kein jüdisches Mitglied mehr vorhanden ist und dass bezüglich des Gesellschafterkapitals eine Dreiviertelmehrheit der nichtjüdischen Gesellschafter besteht“.

4. Oktober 1960 – Die Beatles spielen im Kaiserkeller

Hamburg * Die Beatles spielen im Kaiserkeller, nachdem Bruno Koschmider den Musikbetrieb im Indra wegen Lärmbelästigung einstellen muss. Im Kaiserkeller lernen sie auch Ringo Starr kennen, der bei Rory Storm and The Hurricanes am Schlagzeug sitzt. Langsam erreichen sie die Anerkennung des Hamburger Publikums. Zu ihren Fans gehören der Grafiker Klaus Voormann und die Fotografin Astrid Kirchherr.

2000 – „Aufbrezeln“ steht im Duden

Bundesrepublik Deutschland * Das Verb „aufbrezeln“ wird in den Duden aufgenommen und



gehört damit offiziell zum Wortschatz des Standarddeutschen. Es bedeutet „sich besonders schick machen“, „sich herausputzen“ oder „sich geschneigelt präsentieren“ und hat seinen Ursprung im bairisch-österreichischen Sprachraum. Mit der Aufnahme in den Duden findet eine ursprünglich regionale Redewendung bundesweite Anerkennung und etabliert sich endgültig als Bestandteil der deutschen Standardsprache.
